Calwer Tagblatt

Nr. 173. | Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. | 94. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile 20 Pfg., Reklamen 50 Pfg. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Dienstag den 29. Juli 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 3.30 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarortsverkehr Mk. 3.50, im Fernverkehr Mk. 3.60, Bestellgeld 30 Pfg.

Deutschland.

Eine hochbedeutsame Erklärung des Grafen Czernin.

Wien, 28. Juli. Der Korrespondenz Wilhelm ist vom Grafen Czernin folgendes Telegramm zugegangen: Grundelsee, 27. Juli, nachmittags 4.10 Uhr. Um zahlreichen Anfragen der Presse nachzugehen, bitte ich um Veröffentlichung folgender Zeilen: Soweit ich aus den Auszügen der Presse beurteilen kann, ist die Rede Erzbergers kein erschöpfendes Bild der Vorgänge. Viele, ungemein wichtige Vorfälle sind gar nicht erwähnt, und dadurch entsteht ein falsches Gesamtbild. Was meinen von Erzberger erwähnten Bericht vom April 1917 anlangt, in welchem ich für eine Beendigung des Krieges durch territoriale Opfer der Mittelmächte riet, so war dieser Bericht ausschließlich für die beiden Kaiser und den Reichskanzler bestimmt. Es bestand damals die begründete Hoffnung, zu einem Verständigungsfrieden, wenn auch mit Opfern zu gelangen. Von einer nicht verantwortlichen Seite wurde dieser Bericht ohne mein Wissen und hinter meinem Rücken Herrn Erzberger übergeben, welcher denselben nicht geheim hielt. Ich muß aber ausdrücklich konstatieren, daß Erzberger „bona fide" vorging und der begründeten Ueberzeugung war, im Sinne seiner Auftraggeber zu handeln, als er die streng geheimen Tatsachen preisgab. Der Inhalt des Berichtes kam durch das Vorgehen Erzbergers zur Kenntnis unserer Gegner. Ein jeder, der meinen Bericht liest, kann sich eine Vorstellung von den Folgen machen. Die Darstellung des Grafen Wedel ist daher, soweit sie mir bekannt ist, vollständig richtig. Im übrigen könnte ich meine Darstellung wie vieles andere gar nicht Erwähnte durch Dokumente beweisen, welche in meinem Besitze sind. Ich erfuhr von der Uebergabe meines Berichtes an Erzberger erst, als es zu spät war. Die vom Grafen Wedel mit Erzberger jetzt besprochenen Tatsachen sind aber nur Glieder einer ganzen Kette unverantwortlicher Nebenpolitik, deren Gänge ich erst ein Jahr später entdeckte und welche meine Demission veranlaßten. Mein demnächst über den Weltkrieg erscheinendes Buch wird, soweit ich es für geboten halte, Klarheit über diese politischen Vorgänge bringen und gestützt auf Dokumente die Wahrheit beweisen.

Fortsetzung der großen Aussprache in der Nationalversammlung.

Der „Schwäb. Merkur" berichtet hierüber:

Weimar, 28. Juli. (Eig. Tel.) Der heutige Tag stand wieder unter einer ganz seltsamen Spannung, die sich schon lange vor der Sitzung auf der Straße vor dem Nationaltheater bemerkbar machte, wo zahlreiche Sommerfrischler und politisch interessierte Menschen die Abgeordneten angingen und bestürmten. Das Gerücht, daß Erzberger heute „neue Enthüllungen" bringen werde, hatte sich in ganz Weimar schnell verbreitet, so daß alle der Nachmittagssitzung mit größter Spannung entgegensahen. Die Verhandlung begann gleich mit einem ziemlich lebhaften Geschäftsordungsstreit, als der soz.dem. Abg. Löbe-Breslau wiederum den Antrag stellte, die jetzige politische Debatte mit der Besprechung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof zu vereinigen. Der d.n. Abg. Schultz-Bromberg widersprach lebhaft. Als aber der Abg. Haußmann sich im Namen der Demokraten ebenfalls für den Antrag einsetzte, mußten die Deutschnationalen einsehen, daß dagegen nichts zu machen war. So wurde dann dem Antrag Löbe entsprechend beschlossen. Sofort erschien der Reichsminister des Innern Dr. David auf dem Plan, um jetzt dem Gesetz über den Staatsgerichtshof ein paar Worte der Erläuterung mit auf den Weg zu geben. Die Errichtung des Staatsgerichtshofs sei eine inner- und außerpolitische Notwendigkeit. Das Volk verlange engültig Klarheit darüber, ob der Krieg hätte vermieden werden oder ob er früher und unter besseren Bedingungen hätte beendet werden können. Die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Kriegs, die Frage nach der Verantwortung für die Verlängerung und für seinen Verlust bewegen das Volk aufs tiefste, und wenn die Herren von der Rechten nicht geneigt seien, dem Staatsgerichtshof die Zustimmung zu geben, so schienen sie zu fürchten, daß die Politik der früheren Machthaber ungünstig vor diesem Forum abschneiden könnte. In Wirklichkeit solle aber der Spruch des Staatsgerichtshofs einen gewissen Schutz gewähren gegen einen einseitig zusammengesetzten Ententegerichtshof. Der frühere Reichsschatzminister Abg. Gothein von den Demokraten setzt sich zunächst mit Herrn Haase auseinander und zieht dann gegen Herrn v. Gräfe zu Felde. Gräfe habe im parlamentarischen System nichts Gutes gefunden, aber schließlich brauche doch auch dieses System Zeit, sich einzuführen und durchzubilden. Große Parteien des Hauses müßten noch in die Lehre gehen. Unter der jetzigen Regierung könnten solche Fehler, wie sie unter dem alten Regime gehäuft worden seien, nicht vorkommen. Als Bethmann gegangen sei, sei es das größte Unglück für Deutschland gewesen, daß man einen tüchtigen Verwaltungsbeamten an das Staatsruder gestellt habe, obwohl er nicht eine Ahnung von Politik gehabt habe. Man habe damit nur den Befehlen Ludendorffs Folge geleistet, daß man an Stelle des sich energischer wehrenden Bethmann eine politische Null verlangt habe. Mit der Rede Erzbergers ist sein früherer Ministerkollege im großen ganzen einverstanden. Als Mangel erscheint ihm, daß Erzberger die englische Note an den Papst nicht mitgeteilt hat, und er hoffe, daß das heute geschehe. Wie dem aber auch sei, die Antwort Dr. Michaelis an den Nuntius in München sei nichtssagend gewesen. Für die Deutschnationalen springt Schultze-Bromberg in die Bresche, um nun auch seinerseits Herrn Erzberger seine Meinung zu sagen. Auch er führt eine große Menge von Material an, vor allem die Aeußerungen von Helfferich, Dr. Michaelis und Ludendorff, die in den letzten Tagen schon durch die Presse gegangen sind. Erzberger sitzt auf seinem Platz und lacht. Schultz-Bromberg ist wohl nicht der rechte Mann am rechten Ort, um der Beredsamkeit eines Erzbergers entgegenzutreten. Seine Angriffe lassen an Heftigkeit zwar nichts zu wünschen übrig, aber ob sie immer ganz sachlich sind, muß dahingestellt bleiben. Das Herz geht dem deutschnationalen Abgeordneten mit dem Munde durch. So verklingt denn die Rede des Abg. Schultz-Bromberg ziemlich wirkungslos und die geringe Wirkung, die sie hatte, wird ganz zerschlagen, als Ministerpräsident Bauer auf dem Plan erscheint und persönlich neue „Enthüllungen" bringt. Er verliest einen Brief des Reichskanzlers Dr. Michaelis an Hindenburg und die Antwort Hindenburgs, sowie Teile einer Denkschrift Ludendorffs, in denen die Okkupation und die Annexion großer Teile von Belgien als unbedingt erforderlich verlangt werden. Bauer fragt mit erhobener Stimme, wer dieser annexionistischen Raserei die Geldmittel geliefert habe und beantwortet diese Frage selbst: Sie seien aus den Kreisen des feudalen Adels und der Schwerindustrie gekommen. Aus diesem Grunde sei es höchste Zeit, daß das Haus so schnell wie möglich den Staatsgerichtshof bewillige. Es erhebt sich ein ungeheurer Lärm im Hause. Abgeordnete der Rechten springen auf und machen Zwischenrufe, aber da erheben sich die Sozialdemokraten und das Zentrum und Rufe, wie „Raus", „Die Verbrecher", „Hinaus" schwirren durch das Haus. Während noch der Lärm im Hause tobt, steht schon Herr Erzberger auf dem Podium und beginnt wieder eine Rede vom Stapel zu lassen, die Hörner und Zähne hat. Zwar weiß er diesmal nichts sonderlich Neues zu melden, hat auch kein neues Aktenmaterial in seinem dicken Bündel, aber er zerpflückt die Angriffe all der Männer, die gegen ihn aufgetreten sind, mit solcher Heftigkeit und Sicherheit, und weiß allen ihren Angriffen mit solcher Geschicklichkeit zu begegnen, daß bald das ganze Haus wieder unter derselben Spannung liegt wie am letzten Freitag. Gegen jeden Vorwurf, der ihm gemacht worden ist, weiß er eine Antwort. Alles klingt so klar und einfach, wenn Herr Erzberger es darlegt, daß die Rechte trotz ihres Lärmens und Tobens nicht durchzudringen vermag gegen den brausenden Beifall der Mehrheit des Hauses. Alle Aeußerungen, so meint Herr Erzberger, die gegen ihn vorgebracht seien, bestätigen nur, was er ausgeführt habe. Den früheren Reichskanzler Dr. Michaelis nennt er einen politischen Stümper gegenüber der besten Diplomatie der Welt, weil er es gewagt hat, dem Vatikan das Vertrauen abzusprechen. Mit höhnischer Geste fertigt Herr Erzberger den Reichskanzler ab, und dann faßt er noch einmal alles zusammen, was er weiß, zu einem großen und schweren Hauptschlag gegen die Parteien der Rechten. Das Haus lärmt, brausender Beifall wird ihm von der Mehrheit. Die Rechte springt auf und der Abg. Schultz-Bromberg begibt sich sofort zum Reichsfinanzminister Erzberger, um persönlich mit ihm Rücksprache zu nehmen. Die Rede des Landwirtschaftsministers Braun, die nun folgt, geht im lauten Lärm fast völlig verloren. Das Haus leert sich und es wird wieder einmal von nichts anderem gesprochen als von Herrn Erzberger. Gegen ½8 Uhr ist auch diese denkwürdige Sitzung zu Ende und das Haus vertagt sich nach einigen persönlichen Bemerkungen auf Dienstag vorm. 10 Uhr.

Aeußerung des Reichsministers d. Aeußern Müller über die Note des Papstes zur Anbahnung von Friedensverhandlungen.

Zu dem Schritt, den Nuntius Pacelli am 30. August 1917 unternahm, habe ich für heute folgendes zu erklären: Das Schreiben des Nuntius ist, wie ich inzwischen festgestellt habe, erst am 5. September in Berlin eingetroffen. Dadurch wird die Spannung um 19 Tage vermindert. Die Anfrage der englischen Regierung war als Anlage zu diesem Schreiben beigegeben. Sie hatte kein Datum und lautete in der Uebersetzung: Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten über die Note Seiner Heiligkeit zu befragen, und sind nicht in der Lage, uns eine Beantwortung der Vorschläge Sr. Heiligkeit betreffend Bedingungen eines dauernden Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesen Frieden hineinzubekommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in formeller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Greuel, unter denen wir leiden, bewahrt werden könnte. (Hört, hört.) Selbst hinsichtlich Belgiens — und in diesem Punkte haben die Zentralmächte anerkannt, im Unrecht zu sein — ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über die Absichten bekannt geworden, die völlige Unabhängigkeit wieder herzustellen und die Schäden wieder gut zu machen. (Hört, hört!) Seiner Eminenz dürften zweifellos die Erklärungen gegenwärtig sein, die von den Alliierten in Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson abgegeben worden sind. Weder von Oesterreich, noch von Deutschland ist jemals eine solche Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegsführenden in Uebereinstimmung zu bringen, erscheint solange vergeblich, als sie nicht über die Punkte im klaren sind, in denen ihre Anschauungen auseinander gehen.

Aus diesem Schreiben geht zur Evidenz hervor, daß die belgische Frage das Kernproblem der Friedensfrage war. (Sehr richtig!) Neben diesem Schritt ging ein anderer Schritt einher. Durch das Auswärtige Amt war Fühlung genommen worden mit einem neutralen Diplomaten zu dem Zwecke, daß er mit England Fühlung nehmen sollte. Und dieser Schritt war bereits eingeleitet worden, bevor die Note des Herrn Nuntius in Berlin eintraf. Die belgische Frage war dann im Kronrat vom 11. 9. zum Gegenstand einer Beratung gemacht worden. Aufzeichnungen über die Tagung dieses Kronrates konnten bisher im Auswärtigen Amt leider noch nicht gefunden werden. Ich bin in der Lage, mitzuteilen, daß es sich dabei um einen spanischen Gesandten handelt. Balfour hat dann noch streng vertraulich mitgeteilt, daß eine hochgestellte Persönlichkeit in Berlin dem dortigen spanischen Botschafter gegenüber den Wunsch geäußert habe, mit England in Friedensverhandlungen zu treten. Spanien habe abgelehnt, aber es nicht für angezeigt gehalten, diese Erklärungen Deutschlands vor England zu verheimlichen. Der englische Botschafter antwortete, er wisse nicht, wie seine Regierung sich verhalten würde, er werde aber nachfragen. Bedingung sei, die Ansprüche Deutschlands zu kennen. Die englische Regierung habe den Alliierten mitgeteilt, sie werde mit aller nötigen Vorsicht antworten. Dem Botschafter gab sie zur Antwort, die Regierung werde bereit sein, eine Mitteilung entgegen zu nehmen, die Deutschland machen würde. Diese Mitteilung würde sie ihren Verbündeten weiter geben. Das deutsche Vorgehen sei nur ein Manöver Kühlmanns gewesen, um die Friedensbedingungen für Deutschland kennen zu lernen. Eine genaue Kontrolle der deutschen Kriegsziele war nicht zu erreichen. Daß große Erfolge an der Westfront eingetreten und infolgedessen die Stimmung im Lande gehoben und ein Umschlag in der Armee sich vollzogen habe, habe es dann weiter getan, daß der Geist der deutschen Soldaten entsprechend gesunken sei. Daraus entnehme ich als zweifellos, wie die alliierten Regierungen die militärische und politische Lage auffaßten. Sie waren ihrer Sache sicher, hatten Amerika auf ihrer Seite und waren, wie Lloyd George sich ausdrückte, fest überzeugt, daß die Zeit für sie arbeite. Deshalb verlangten sie genaue Präzisierung der Kriegsziele. Dreierlei stelle ich nun fest: 1. Daß der Reichskanzler Michaelis den Parteiführern von der Note Pacellis von dem englischen Friedensangebot nichts mitgeteilt hat (Hört! Hört!), 2. daß den Parteiführern die Abgabe einer präzisen Erklärung über Belgien versprochen wurde und 3. die Antwort Michaelis auf die Note genau das Gegenteil einer deutschen präzisen Erklärung ist.

Kühlmann schweigt.

Berlin, 28. Juli. Die „B. Z." schreibt: Auf eine Anfrage bei Herrn von Kühlmann, ob er zu den Aeußerungen des Generals Ludendorff seinerseits Stellung nehme, antwortete letzterer mit der folgenden Erklärung: Das verantwortliche Reichskabinett ist meiner Ansicht nach zuständig, um zu befinden, was über

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung des Kriegsministeriums Nr. 820. K. 19. A. 10. betr. Leihpferde.

Bei den in letzter Zeit abgehaltenen Kontrollen der an Privatpersonen ausgeliehenen Pferde hat sich gezeigt, daß von zahlreichen Entleihern der Hufbeschlag sehr vernachlässigt wird. Für die Zukunft werden Entleiher, welche ihre Pferde mit offensichtlich vernachlässigtem Hufbeschlag bei den Kontrollen vorführen, mit einer Vertragsstrafe von mindestens 20 ℳ bestraft. Bei wiederholter Beanstandung des Hufbeschlages trotz vorangegangener Verwarnung werden die Pferde vom Truppenteil zurückgezogen.

Oberamtl. Bekanntmachung betr. Räude.

An dem Pferdebestand des

1. Friedrich Kober, Fuhrmanns von Stammheim,
2. Jakob Kober, Bauers von Stammheim,

ist die Räude festgestellt.

Calw, den 26. Juli 1919.

Oberamtmann Göz.

Oberamt Calw.

Regelung des Wohnungsmarktes in Altburg.

Auf Grund der Verfügung des Ministeriums des Innern über die Regelung des Wohnungsmarktes vom 28. 2. 1919 (Staatsanzeiger Nr. 50) wird für die Gemeinde Altburg mit sofortiger Wirkung angeordnet:

1. Daß die Ueberlassung von Wohnräumen an Personen, die von auswärts zuziehen, und die Ingebrauchnahme durch solche nur mit Erlaubnis der Gemeindebehörde (Schultheißenamt) stattfinden darf, gleichviel, ob das Recht auf die Räume, auf Miete, Hauskauf oder anderen Rechtsgeschäften ruht.

2. Daß der Aufenthalt in der Gemeinde Altburg bei Personen, die in Gasthöfen, Pensionen und dergl. Wohnung nehmen, ohne Erlaubnis des Schultheißenamts die Dauer von 2 Wochen nicht übersteigen darf und die Inhaber der Gasthöfe, Pensionen usw. verpflichtet sind, die fernere Beherbergung von Gästen nach Ablauf der 2 Wochen abzulehnen und sich zu diesem Zweck über die Dauer des Aufenthalts der Gäste in Gasthöfen usw. zu vergewissern.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Personen, die

1. in der Gemeinde Altburg das Bürgerrecht besitzen,
2. infolge des Krieges den Wohnsitz in Altburg aufgeben mußten und wieder zurückkehren wollen,
3. derzeit heimatlos sind und nach Altburg als ihre einstige Heimat zurückkehren wollen,
4. vor dem 1. 1. 1919 bereits in Altburg Wohnräume gemietet oder durch Hauskauf oder sonstige Rechtsgeschäfte dingliche Rechte an Wohnräumen erworben haben.

Die Vorschriften über den Kurverkehr werden durch vorstehende Anordnungen nicht berührt.

Calw, den 26. Juli 1919.

Oberamtmann Göz.

Oberamt Calw.

Bekanntmachung betreff: Verteilung von Kaffee.

Es ist dem Komm.-Verb. etwas gerösteter Kaffee zugewiesen worden; Preis voraussichtlich etwa 7 ℳ das Pfd. Es ergeht hiermit an die hiesigen Bezirksbewohner, welche Kaffee zugeteilt wünschen, die **Aufforderung**, sich bis **Samstag, den 9. August ds. Js.** in die Verteilungsliste auf dem Rathaus eintragen zu lassen. Kinder unter 10 Jahren sind von der Anmeldung ausgeschlossen. Eine Zuteilung von Kaffee für gewerbliche Zwecke kann im Hinblick auf die bescheidene zur Verfügung stehende Menge nicht erfolgen.

Den **Herren Ortsvorstehern** gehen mit der nächsten Post Formulare für Verteilungslisten zu, welche bis Montag den 11. Aug. ds. Js. abzuschließen und hierher vorzulegen sind.

Oberamtmann Göz.

---

wichtige diplomatische Vorgänge in der nächsten Zeit veröffentlicht werden kann. Ich persönlich halte mich zu Publikationen über vertrauliche Vorgänge während meiner Amtszeit ohne Ermächtigung des auswärtigen Ministeriums nicht für befugt, möchte auch deren Nutzen für unsere Gesamtpolitik bezweifeln. Eine wirkliche Klärung wird wohl nur möglich sein durch ein Verfahren, wie das vor dem Staatsgerichtshof geplante, bei welchem an der Hand des gesamten Aktenmaterials die politischen Ereignisse in ihrem Zusammenhang geprüft werden können.

Aenderungen der Reichsverfassung.

Berlin, 27. Juli. Die Reichsverfassung wird voraussichtlich in der 3. Lesung in wesentlichen Punkten noch eine Aenderung erfahren. Es sind zur Zeit Bestrebungen im Gange, das Schulkompromiß zu beseitigen und ein neues Kompromiß auf anderer Grundlage zustande zu bringen. Die Kultusminister aller Einzelstaaten haben sich bereits auf einen Vorschlag geeinigt. Auch über den Artikel 18 werden wiederum neue Verhandlungen gepflogen. Obwohl es nach schweren Kämpfen gelungen ist, eine Lösung zu finden, mit der sich auch Preußen einverstanden erklärt hat, ist jetzt ein neuer Antrag eingebracht, der für Oberschlesien eine Ausnahmestellung bezweckt. Wenn drei Fünftel aller Wahlberechtigten es verlangen, soll ein selbständiger Freistaat Oberschlesien noch vor Ablauf der Sperrfrist von 2 Jahren gewählt werden können. Dieser Antrag wurde von Preußen auf das schärfste bekämpft. Eine Abstimmung darüber ist im Ausschuß noch nicht erfolgt. Würde der Antrag angenommen, so würde das eine Durchkreuzung der bisher von Preußen eingeschlagenen Politik bedeuten.

Die Vermögenszuwachssteuer.

Weimar, 24. Juli. In Fortsetzung der Beratungne über die Vermögenszuwachssteuer begründet der Abg. Keil (Soz.) den Antrag seiner Fraktion, der die Staffelung der Kriegsabgabe (§§ 15 und 16 des Entwurfs) erheblich verschärft. Der Besitz sei auf das schärfste, bis zur letzten Grenze zu besteuern. Vorher könne keine indirekte Steuer in Frage kommen. Der Abg. Becker-Nassau (Z.) führt in seiner Begründung des Vermittlungsantrages (Antrag Farwick) seiner Fraktion aus, daß es vornehmlich innerpolitische Gründe seien, die zu einer starken Erfassung des Vermögenszuwachses führen. Der Abg. Dernburg glaubt, die Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage und die große Wertverminderung des Geldes für die Vorlage der Regierung eintreten zu müssen. Sie stelle eine gesunde Mittellinie dar. Abg. Rießer (D. Vp.) tritt für die schonendere Staffelung des Staatenausschusses ein. Es sei heute eine populäre Formel, der Kriegsgewinn müsse weggesteuert werden. Aber hierbei mache man sich nicht klar, daß dies für die Industrie nur Schaden bringen könne. Da die Staffel bei dieser Abgabe von hervorragenden Bedeutung sei, wäre zu erwägen, ob hier die Prüfung nicht in eine Unterkommission gelegt werden könne. Sie hätte auch die Frage zu prüfen, durch welche Mittel die wahren Kriegsgewinnler gefaßt werden können. Unterstaatssekretär Mössle bittet, den Antrag Farwick zurückzuziehen, da eine Freigrenze von 5000 Mark zwar bei einem Vermögenszuwachs von Millionen kaum in Betracht komme, aber doch bei kleinen Vermögenszuwachsen. Die Staffel der Regierungsvorlage und des Antrages Keil biete keine Unterschiede. Scharf muß zugefaßt werden, zumal es sich um eine Sondersteuer auf den im Krieg erzielten Uebergewinn handelt. Es muß eine Abgabe bis zur Grenze des wirtschaftlich Möglichen sein. Es sei nicht möglich, den reinen Kriegsgewinnler festzustellen, der dann besonders besteuert würde. Daher bittet Unterstaatssekretär Mössle, von der Bildung der von dem Abg. Rießer vorgeschlagenen Unterkommission abzusehen. Der Abg. Wurm (Unabh.) hält es für gerechtfertigt, daß jeder Vermögenszuwachs voll weggesteuert würde, namentlich in einer Zeit, wo die Mehrheit des Volkes Verluste erlitt. Im übrigen könne seine Fraktion dem Antrag Keil zustimmen. Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis: Der Antrag Keil wird abgelehnt, der Antrag Farwick (Z.) wird angenommen. Zu § 24 liegt ein sozialdemokratischer Antrag Keil vor, für die zu stundenden Beträge 6 Prozent zu fordern. Unterstaatssekretär Mössle hält einen Satz von 5 Prozent für ausreichend. Ein Antrag der Demokratie, in das vorliegende Gesetz einen Generalpardon einzufügen, wird bis zur zweiten Lesung zurückgezogen. Damit ist die erste Lesung des Entwurfs beendet.

Zur äußeren Lage.

Rücksichtsloses Vorgehen der Polen und Tschecho-Slowaken.

(WTB.) **Berlin**, 28. Juli. Die „D. Allg. Ztg." schreibt u. a.: In Thorn haben in den letzten Tagen Besprechungen wegen der Uebergabe der zu Polen kommenden preußischen Provinzen stattgefunden. Dabei wurden u. a. folgende Bestimmungen getroffen: Die Militärpflicht wird in den neuen Provinzen sofort eingeführt werden, und zwar werden wahrscheinlich sechs Jahrgänge eingezogen werden. Die Frage, ob diejenigen, die noch zwei Jahre lang das Recht haben, für Deutschland zu optieren, eingezogen werden, steht noch offen. Deutsche militärische Dienstgrade und Dienstzeit werden anerkannt. In der benachbarten tschecho-slovakischen Republik ist für Böhmen und Mähren die Aushebung von fünf Jahrgängen befohlen worden. Sie wird mit der größten Strenge durchgeführt trotz des offenen Widerstandes, der vielfach geleistet wird. Es ist bedenklich, daß die Völker der slavischen Rasse schon bei der Geburt ihrer staatlichen Selbständigkeit von Krieg- und Kampfeswillen beseelt sind. Die Weltenlenker von Paris werden über die Unhaltbarkeit und Unsinnigkeit ihrer Schöpfung noch derbe Lehren empfangen. Der Friede wird nichts anderes sein, als eine Neuauflage des Völkerkrieges. Mit neuem unsagbarem Leid wird Europa bezahlen müssen, was Haß und politischer, sowie kapitalistischer Egoismus in Versailles unter der Aegyde Wilsons, Lloyd Georges und Clemenceaus geschaffen haben.

Frankreich weiß von keinem Friedensangebot.

Paris, 28. Juli. In einem Interview erinnert Painlavé den Berichterstatter des „Echo de Paris" daran, daß er am 13. September 1917 die Präsidentschaft des Ministeriums übernahm. Er erklärte, nichts zu wissen von einem angeblichen Vorschlag Englands, dem Frankreich beigetreten wäre, und worauf Erzberger in der Nationalversammlung anspielte. Er fügte hinzu, daß es sich wahrscheinlich um das Memorandum handele, das in Beantwortung des Schreibens des heiligen Stuhles vom britischen Gesandten beim Vatikan, der mit der Vertretung Frankreichs beauftragt war, übergeben wurde. Er erklärte sich überdies überzeugt davon, daß Ribot niemals den Auftrag erteilt habe, solche Vorschläge zu machen. Ribot, der später interveniert wurde, hielt dafür, daß es der englischen Regierung obliege, sich zu erklären, und sagte: Wir haben dem hl. Stuhl durch Vermittlung Englands nur die vom Papst im April 1917 unternommene Friedensvermittlung bestätigt. Ribot führte aus: Da der Nuntius von München, von Gaspari, beauftragt war, an den Kanzler zu schreiben, schrieb die englische Regierung, welche die Gefahr bemerkte, ihrem Gesandten vor, wie er sich zu verhalten habe. Ribot bemerkte ferner, daß er der englischen Regierung geraten habe, sich nicht in einen direkten Verkehr einzulassen.

Französische Gesinnungsroheit.

In einer in unsere Hände gekommenen Zeitung des besetzten Gebiets finden wir folgende Bekanntmachung der französischen Militärverwaltung anläßlich der Heimkehr unserer Gefangenen: „Dem kommandierenden General der Armee ist berichtet worden, daß in einer gewissen Anzahl von Kreisen die Bevölkerung anläßlich der Rückkehr der Kriegsgefangenen die Abhaltung von Festen beabsichtigt. Diese Absicht ist grundsätzlich nicht gerechtfertigt. Man muß in der Tat darauf hinweisen; daß nach dem Waffenstillstand alle deutschen Soldaten, die bis zum letzten Tage draußen auf dem Schlachtfelde ihre Pflicht getan hatten, ohne jede Feierlichkeit heimgekehrt sind. Es scheint also vernunftwidrig, mit denen eine Ausnahme machen zu wollen, die mitunter seit mehreren Jahren in Frankreich außer jeder Gefahr waren, wobei manche sogar diese Ausnahmestellung freiwilligem Entschluß verdanken. — Anderseits wird die Rückkehr wegen der zerstreuten Lage der Kriegsgefangenenlager in gewissen Abständen erfolgen. Der kommandierende General untersagt daher jede gemeinsame Kundgebung (offizieller Empfang, Triumphbogen, Sammlungen, Zeichnungen usw.). Der Empfang der Kriegsgefangenen soll also rein persönlichen und familiären Charakter tragen. Der Chef der Militärverwaltung."

Französische Pressestimmen.

(WTB.) **Versailles**, 27. Juli. Die gesamte französische Presse bringt eingehend Berichte über die Verhandlungen der Nationalversammlung vom Freitag und Samstag. Nur wenig Blätter nehmen jetzt dazu Stellung. Das „Petit Journal" sagt: „Ob Erzbergers Landsleute ihn jetzt verurteilen oder reinwaschen wollen, ist ihre Angelegenheit. Wir können ihnen aber sagen, daß wir im Frühjahr 1917 nicht Indiskretionen Erzbergers brauchten, um über die schlechte Lage in Oesterreich unterrichtet zu werden. Dieses Geschäft haben die Oesterreicher selbst gründlich besorgt. Sie schrien auf allen Dächern in Zürich und Bern aus, was jetzt die „Hamb. Nachr." Erzberger zum Vorwurf machen. — Marcel Sembat erklärt in der „Heure": „Gewiß bemerkt man in Deutschland ein heftiges Wiederaufleben des militärischen und alldeutschen Geistes. Das ist nicht verwunderlich; wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß dies das notwendige Ergebnis des Vertrages von Versailles sein müsse. Die Rede Erzbergers ist nur der Anfang einer Reihe von Enthüllungen. Verfolgen wir mit Aufmerksamkeit diese Agitation; denn es hängt von uns ab, ob Deutschland sich nach der Seite des Imperialismus oder nach der Seite der Demokratie orientieren wird. Von dieser Orientierung hängt die Zukunft Europas ab."

Vermischtes.

Kohlenversorgung.

Berlin. Ueber die Verteilung der verfügbaren Kohlenmengen in Deutschland bringen die Morgenblätter Mitteilungen von maßgebender Stelle. In erster Linie würden die Eisenbahnen berücksichtigt. Dann folgten Lebensmittelschiffe, Lebensmittelfabriken und Hausbrand. Zuletzt komme die Industrie heran. Werde die Kohlenförderung nicht ganz bedeutend gehoben, sodaß die Industrie erheblich mehr Brennstoff erhalten könne, dann müsse für den Herbst mit Millionen von erwerbslosen Arbeitern und Angestellten gerechnet werden.

Neue Kontrolle über Papiergeld und Wertpapiere.

Berlin, 26. Juli. Die neue Kontrolle über den inländischen Papiergeldbesitz soll neuerdings anscheinend nicht durch Abstempelung, sondern durch Umtausch in neues Papiergeld bewirkt werden. Aus Weimar meldet dazu die „Berliner Börsenzeitung": In nächster Zeit wird alles vorhandene Papiergeld eingezogen und durch Gutscheine ersetzt, die wieder gegen neues Papiergeld eingetauscht werden. Hierdurch ist jeder gezwungen, die bei ihm vorhandene Summe anzugeben, denn er erhält nur so viel zurück, als er abgegeben hat, während das nicht angegebene und ausgelieferte Papiergeld für ungültig erklärt wird. Ferner werden sämtliche Wertpapiere einer Abstempelung unterzogen und unter Kontrolle gebracht. Alles nicht abgestempelte Papiergeld ist wertlos. Aehnliche Maßnahmen werden mit den Gesellschaften vorgenommen, um die investierten Werte festzustellen.

Militärische Sicherheitspolizei.

Berlin, 25. Juli. Wie in der Reichshauptstadt sollen in der nächsten Zeit auch in allen größeren Städten militärische Sicherheitstrupps gebildet werden. Die Aufgaben der militärischen Sicherheitspolizei sollen von denen der uniformierten Schutzmannschaft überall streng getrennt sein, die militärische Polizei auch im Gegensatz zur uniformierten kaserniert bleiben. In bestimmten Fällen soll die militärische Sicherheitspolizei auch zur Unterstützung der Kriminalpolizei herangezogen werden, vornehmlich dann, wenn es sich um die Anwendung von neuzeitlichen Mitteln im Dienste der Kriminalistik handelt, über die die Kriminalpolizei selbst nicht verfügt. So werden, wie die „Voss. Ztg." mitteilt, die militärischen Sicherheitspolizeitrupps mit Fliegerstaffeln ausgestattet werden, die zur Verfolgung von Verbrechern in solchen Fällen dienen sollen, in denen die anderen Mittel versagen müßten. Für die Berliner Sicherheitspolizei ist eine solche Flugstafel in Biesdorf eingerichtet worden, die bereits in einem ungewöhnlichen Falle eingegriffen hat. Im Hamburger Hafen ist vor einiger Zeit ein ganzes Dock gestohlen worden, die Diebe wollten es nach einem nordischen Hafen bringen. Als man die Entführung des Docks zur Anzeige brachte, schwamm es bereits auf hoher See. Flugzeuge der Biesdorfer Staffel wurden daraufhin zur Verfolgung abgeschickt, sie fanden das Dock auch auf der See, beschossen es mit Maschinengewehren und zwangen die Diebe dadurch zur Rückkehr in den Hamburger Hafen.

Aufhebung der Portovergünstigungen der früheren Angehörigen des Heeres und der Marine.

Es besteht Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die den Heeres- und Marineangehörigen während des Krieges im Inland gewährten Portovergünstigungen seit dem 1. Februar 1919 aufgehoben sind. Die von den jetzigen oder früheren Angehörigen des Heeres ausgehenden Postsendungen sind daher portopflichtig.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Insbesondere sind auch Sendungen dieser Personen an die Militärbehörden frei zu machen. Eine Ausnahme besteht nur bezüglich der Meldungen der Angehörigen des Heeres, der Reservisten, der Landwehr- und Seewehrmänner sowie der sonstigen Militärpersonen des Beurlaubtenstandes bei den militärischen Kontrollstellen, die für die Dauer der Demobilmachung als portofreie Sendungen nicht zu beanstanden sind, auch wenn sie in geschlossenem Umschlag ohne amtliches Siegel oder Stempel versandt werden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. Juli 1919.

Diebstahl.

Dieser Tage sind in einer hiesigen, noch nicht lange eröffneten Wirtschaft größere Mengen Lebensmittel, in der Hauptsache geräuchertes amerikanisches Schweinefleisch und etwas Butter und Eier gestohlen worden. Der oder die Diebe stiegen nachts von außen in die Speisekammer ein und benützten zum Fortschaffen des gestohlenen Guts noch einen daneben aufgehängten Armkorb. Größere Vorsicht beim Verwahren solcher kostbaren Lebensmittel dürfte geboten sein. — Auch in einem benachbarten Sägewerk kam ein Diebstahl vor, in dem einem dort beschäftigten Knecht aus seinem Gelaß 160 Mark bares Geld entwendet wurden.

Wieder ein Beispiel der Zwangswirtschaft.

* Es wird berichtet: In den Stuttgarter Blättern war vor einigen Tagen zu lesen: Der Reichsbevollmächtigte für Kolonialwaren hat sich über die Einfuhr von Kaffee, Tee und Kakao u. a. in folgender Weise geäußert: „Abgesehen von der Verarmung Deutschlands wirkt verbrauchsmindernd, daß der Weltmarktspreis infolge der Valuta außerordentlich hoch ist und in keinem Verhältnis steht zu den großen Weltvorräten. Das Pfund gerösteten Kaffees wird im Kleinhandel auf etwa 8 bis 9 ℳ kommen." — Einem Stuttgarter Großhändler aber sind gleichzeitig 5- bis 10 000 Sack Kaffee Santos superior angeboten worden, der sich franko Stuttgart verzollt das Pfund auf 5.50 ℳ stellt und im Kleinhandel gebrannt zu 6.50 ℳ verkauft werden konnte. Dem Württ. Ernährungsministerium ist davon Kenntnis gegeben worden. Eine Antwort steht noch aus. Man sieht, wie die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel, deren Preise ohnehin hoch genug sind, verteuert!

Jugendfürsorgegesetz.

(SCB.) Unmittelbar vor den Ferien ist dem Landtag noch der Entwurf eines Jugendfürsorgegesetzes zugegangen, der die Vereinheitlichung der gesamten Jugendfürsorge, wie sie auf dem zu Anfang dieses Monats hier abgehaltenen Jugendfürsorgetag angeregt wurde und aus allen Kreisen lebhafte Zustimmung fand, in feste Form bringt und die Einrichtung von Jugendämtern für die Oberamtsbezirke obligatorisch macht. Damit wird der vielbeklagten Zersplitterung auf dem Gebiet der Jugendfürsorge ein Ende bereitet. Die Jugendämter werden mit ihren Berufskräften und ihren ehrenamtlichen Vertrauenspersonen in den einzelnen Gemeinden Mittelpunkte einer regen Tätigkeit zum Wohle der Jugend, insbesondere der in irgend einer Richtung gefährdeten Kinder und Jugendlichen, bilden. Neben den Aufgaben, die bisher verschiedenen Behörden übertragen waren und nun im Jugendamt in eine Hand gelegt werden sollen, wie den Geschäften des Gemeindewaisenrats, der Aufsicht über die Kost und Pflegekinder, die Berufsvormundschaft, die Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung der Fürsorgeerziehung, soll ihre Tätigkeit allgemein die Schaffung und Förderung von Einrichtungen des Mutterschutzes, der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die Fürsorge für die Schulkinder außerhalb des Unterrichts, und die Unterstützung der Jugendpflege umfassen. Ihre Hauptaufgabe wird es sein, Kinder und Jugendliche vor Verwahrlosung, Mißhandlung und Ausbeutung zu schützen, und die dasselbe Ziel verfolgenden Behörden und Einrichtungen bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Die Jugendämter sind als Einrichtungen der Selbstverwaltungskörper bedacht. Ein Landesjugendamt wird die Aufsicht über alle Jugendämter führen und anregend auf ihre Tätigkeit einwirken. Eine wichtige Neuerung bringt der Entwurf für die sogen. Armenkinder, die aus der Fürsorge der Armenbehörde vollständig herausgenommen werden, sofern sie unehelich oder von beiden Eltern getrennt sind. Alle für sie notwendigen Maßnahmen haben die Jugendämter zu treffen, die je ein Drittel der dafür aufgewendeten Kosten vom Staat und von dem für die Unterstützung zunächst zuständigen Ortsarmenverband ersetzt erhalten. Die Bestimmungen über die Berufsvormundschaft sollen durch einen gleichzeitig vom Justizministerium eingebrachten Gesetzentwurf zu einer wirklichen Amtsvormundschaft ausgebaut werden, während bisher in Württemberg nur die Sammelvormundschaft bestand. Alle unehelichen und die getrennt von den Eltern untergebrachten Kinder werden in den Gesetzentwürfen der Aufsicht der Jugendämter unterstellt. Damit ist diesen am meisten gefährdeten Kindergruppen ein starker Schutz gewährleistet.

Aufhebung der Wollbeschlagnahme.

(SCB.) Wie verlautet, hat die Reichswirtschaftsstelle für Wolle beschlossen, die Wollbeschlagnahme aufzuheben. Der Beschluß muß aber noch durch das Reichswirtschaftsministerium genehmigt werden. Die Schafhalter werden nach dieser Zwangswirtschaft kein Heimweh bekommen.

Anordnung einer allgemeinen Volkszählung für den 8. Oktober 1919.

Schon im Jahre 1918 hatte es sich herausgestellt, daß die Verschiebungen und Veränderungen im Bevölkerungsstande der einzelnen Gebietsteile des Reiches während eines Jahres so erheblich sind, daß die bei der Volkszählung am 5. Dezember 1917 ermittelten Zahlen nicht mehr als zuverlässige Unterlagen für die Verteilungsmaßnahmen des Reichsernährungsministeriums angesehen werden können. Es war daher für den 4. Dezember 1918 eine allgemeine Volkszählung angeordnet worden. Die stürmische Bevölkerungsbewegung während der Demobilmachung sowie die sonstigen damaligen Verhältnisse gaben jedoch Veranlassung, von der Vornahme der Volkszählung Abstand zu nehmen. Inzwischen hat aber gerade die Demobilmachung mit den durch sie eingetretenen Aenderungen im Bevölkerungsstande die Notwendigkeit einer neuen Aufnahme der Bevölkerungsstande noch verstärkt. Reichsministerium, Staatenausschuß und 28er Ausschuß der Nationalversammlung haben daher beschlossen, daß am Mittwoch, den 8. Oktober 1919 eine Volkszählung vorgenommen werden soll. Die Zählung wird in ähnlicher Weise wie im Jahre 1917 durchgeführt werden. Für jeden Haushalt ist eine Haushaltungsliste auszufüllen, in welcher alle in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 1919 in der Haushaltung anwesenden Personen und in einem besonderen Abschnitt auch alle vorübergehend abwesenden Personen einzutragen sind. Die Zählung soll in erster Linie die Unterlage für eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel bieten. Für die bei der Zählung über die Persönlichkeit des einzelnen gewonnenen Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Für die Durchführung der Zählung wird wieder auf die freiwillige Beteiligung geeigneetr Personen als Zähler zurückgegriffen werden müssen. Bei der Bedeutung der Zählung für die Versorgungsregelung liegt es im Interesse jedes einzelnen, daß die Zählung ein möglichst zuverlässiges Ergebnis liefert. Es muß daher erwartet werden, daß die gesamte Bevölkerung bestrebt sein wird, die Durchführung der Zählung nach Kräften zu unterstützen und zu erleichtern.

Vom Auslandsmehl.

Aus Karlsruhe wird berichtet: „Da die Stadtverwaltung Karlsruhe den Verkauf des Auslandsmehls entgegen den ausdrücklichen Anordnungen der Reichsgetreidestelle und des Ministeriums des Innern den Bäckern, und nicht, wie verlangt wurde, besonderen Verteilungsstellen übertragen hat, ist der Stadt Karlsruhe das Auslandsmehl gesperrt worden. Erst wenn die Stadtgemeinde den Anordnungen der Reichsgetreidestelle entspricht, wird ihr wieder Auslandsmehl zugewiesen werden.

Die Beerenernte.

* Unsere Wälder bergen in diesem Jahr einen großen Reichtum an Beeren aller Art. Die Heidelbeerernte ist in vollem Gange. Tagtäglich ziehen Scharen von Leuten in die Wälder, um die wertvollen Beeren zu pflücken. Im allgemeinen gibt es eine Menge von Heidelbeeren. Der Absatz ist reißend, der Preis sehr hoch und noch nie dagewesen. Die Preise bewegen sich gewöhnlich zwischen 1 ℳ 20 ₰ bis 1 ℳ 40 ₰ pro Pfund. Am letzten Samstag gingen die Preise sogar bis auf 70 ₰ zurück. Während im vorigen Jahr die Beeren schon in den Ortschaften aufgekauft wurden, kommen in diesem Jahr sehr viele Körbe auf den Wochenmarkt, der wieder an stärkerem Besuch zunimmt. Es ist deshalb wenigstens allen Konsumenten Gelegenheit geboten, die Beeren selbst einkaufen zu können. An die Heidelbeerernte schließt sich die Himbeerernte unmittelbar und teilweise zu gleicher Zeit an. Die Menge läßt nichts zu wünschen übrig. Auch die Qualität wird bei etwas wärmerer Witterung sehr gut werden. Die Beerenernte liefert für die Sammler einen hohen Verdienst. Es wird uns berichtet, daß eine Person täglich 20—30 Mark verdienen kann. Diese Möglichkeit wäre früher nie geboten gewesen und man staunt darüber, daß die kleinen Heidel- und Himbeeren einen so hohen Wert darstellen. Früher berechnete man den Wert der Heidelbeeren im württ. Schwarzwald auf 1 Million Mark, heute stellt er sich mindestens auf das zehnfache.

Der württ. Offiziersbund und das Offiziers-Entschädigungsgesetz.

Stuttgart, 27. Juli. Der Württ. Offiziersbund teilt mit: Wie man hört, soll der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung das ihm zur Zeit vorliegende Offizier-Entschädigungsgesetz stark zu Ungunsten der Offiziere beschnitten haben. Die große Erregung, die sich der Offiziere hierüber bemächtigt hat, hat uns veranlaßt, uns sowohl an den Reichswehrminister, als auch an die Parteien der Nationalversammlung zu wenden und darauf hinzuweisen, daß eine solche Verweigerung von Recht und Billigkeit gegenüber dem Offiziersstand eine schwere Undankbarkeit bedeuten würde und recht unangenehme Folgen zeitigen könnte. Da von rund 1500 württ. Offizieren im kommenden Frühjahr etwa 1300 ihrer Existenz beraubt sein werden, wird man die herrschende Erregung begreiflich finden.

Mutmaßliches Wetter am Mittwoch u. Donnerstag

Bei fast unveränderter Luftdruckverteilung ist am Mittwoch und Donnerstag nur noch wenig bedecktes Wetter und zunehmende Aufheiterung, auch Erwärmung zu erwarten.

Nagold, 28. Juli. (Beerdigung.) Ein stattliches Trauergefolge erwies gestern nachmittag dem gestorbenen Malermeister Julius Hespeler die letzte Ehre. Außer dem Geistlichen sprachen am Grabe im Namen der Feuerwehr Kommandant Gabel und im Namen des vereinigten Lieder- und Sängerkranzes Präzeptor Wieland. Hespeler war ein Mann, der alle Zeit mit regem Interesse in der Oeffentlichkeit stand, sich bei jeder Gelegenheit gerne und freudig für das Allgemeinwohl einsetzte und auch in seinem Berufe, durch den er auch außerhalb des Oberamtsbezirks Beziehungen freundschaftlichster Art hatte, ein vorbildlicher, ruhiger Meister war. (Im Calwer Liederkranz war er in früheren Zeiten ein gern gesehener Gast, der sein ausgesprochenes Zeichnertalent uneigennützig in den Dienst des Vereins stellte.)

Wildbad, 26. Juli. Seit der günstigeren Gestaltung der Aufenthaltsbedingungen (vier Wochen ohne ärztliches Zeugnis) und verbesserter Verpflegungsverhältnisse gegenüber früher hat sich unser Badeleben wesentlich gehoben und steht nun auf voller Höhe. Die Badeinspektion hat es wiederum verstanden, die Badeeinrichtungen und gärtnerischen Anlagen weiter auszubauen. Auch die Stadtverwaltung tut alles, um den Aufenthalt der Kurgäste so angenehm als möglich zu gestalten. — (Bereits werden aber wieder lebhafte Klagen laut, daß in den Kurorten die Gäste eine Verpflegung finden, die auf geraden Wegen nicht ermöglicht werden kann. Während die ansässigen Einwohner wöchentlich sich mit einer kleinen Menge Fleisch begnügen müssen, sollen in manchen Gasthöfen zum Mittagstisch jeden Tag Fleisch und dabei oft zwei Arten gegeben werden. Eine derart reichliche Versorgung, die auch auf andere Lebensmittel übergreift, schädigt die übrigen Bewohner.)

(SCB.) **Zussenhausen**, 28. Juli. (Die Zementgeschichte.) Die Staatsanwaltschaft interessiert sich bekanntlich für den Fall, bei dem ein früher hier einflußreicher Herr beteiligt ist, der erst vor kurzem auch im Gemeinderat wegen zu reichlicher Kohlenbezüge auffiel. Inländischer Zement soll, wie die „Allg. Rdsch." berichtet, an die Schweizer Grenze versandt und von dort als Auslandsware wieder hereingebracht worden sein. Der einheimische Zement kostet etwa 7 ℳ, der ausländische etwa 22 ℳ der Ztr. Der Unterschied hätte also bei größeren Mengen einen hübschen Gewinn ergeben.

(SCB.) **Wildberg** (OA. Nagold), 28. Juli. (Unfall.) Der Landwirt und Klosterwirt Ludwig Gärtner kam am Freitag unter seinen schwer beladenen Wagen und wurde schwer verletzt. Er schwebt in Lebensgefahr.

(SCB.) **Wasseralfingen**, 28. Juli. (Bohrungen mit Erfolg.) Die Bohrungen am Braunen Berg und Härtsfeldabhang haben weitere Erfolge aufzuweisen. Auf dem Feld bei Oberalfingen wurde eine neue Erzader entdeckt.

(SCB.) **Wilhelmsdorf**, 28. Juli. (Eine ganz Wilde.) Der Landjäger hielt dieser Tage eine längst als Schleichhändlerin bekannte Frau von Esenhausen an, wie sie Eier hierher schaffen wollte. Als sie sich ertappt sah, bekam sie einen Wutanfall und warf dem Landjäger den Korb samt den Eiern vor die Füße. Der Inhalt war vernichtet.

Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.
Für die Schriftleitung verantwortlich i. V.:
Oberpräzeptor Baeuchle, Calw.

Städtische Lebensmittel-Versorgung Calw.
Fleisch-, Brot- usw. Kartenabgabe.

Am **Donnerstag, den 31. Juli 1919** in der seitherigen Reihenfolge.

Gleichzeitig werden diesmal wieder **Seifenkarten** ausgegeben für die Monate August 1919 bis Januar 1920. Zulageseifenkarten für Aerzte, Kinder unter 18 Monaten, Heizer, Schlosser usw. werden nur auf Verlangen abgegeben.

Die **Zuckerkarten** für den Monat August gelten statt 650 gr 1300 gr, dagegen wird im **Monat September kein Zucker** ausgegeben.

Die auf Nr. 150 bestellten **Teigwaren** können gekauft werden. Auf 1 Anteil entfallen 500 Gramm.

Das Calwer Tagblatt
kann jederzeit bestellt werden.

Amtsgericht Calw.

Im Konkurs

über den Nachlaß des Kaufmanns Karl **Weik** in Calw ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Schlußtermin auf

Freitag, den 29. August 1919, vorm. 11 Uhr

vor dem Amtsgericht hier bestimmt.

Den 29. Juli 1919.

Amtsgerichtssekretär: **Pfizenmaier.**

Calw.

Im Konkurs über den Nachlaß des verst. Karl Martin **Weik**, led. Kaufmanns von **hier**, betragen die Forderungen der Konkursgläubiger

a) **mit Vorrecht** — 0 —
b) **ohne Vorrecht 4545 Mk. 46 Pfg.**

und der verfügbare Massebestand 892 Mk. 80 Pfg., wovon aber die Kosten noch abgehen. Hievon werden die Gläubiger unter Hinweisung auf § 152 und 153 K. O. in Kenntnis gesetzt.

Den 29. Juli 1919.

Konkursverwalter: Gerichts-Notar Krayl.

Calwer **Lieder-kranz.**
Die **Singstunde** findet nicht am Mittwoch sondern am **Freitag** statt. B.

Wollen Sie heiraten?
dann wenden Sie sich vertrauensvoll an
Frau Josefine Hofmann, **Stuttgart**, Hackstraße 16 I.
Ia. Referenzen, Tel. 6327.

Schäfte
aus Boxcalf, Chevreaux u. anderem Leder
werden prompt angefertigt.
Futter ist einzusenden.
Schäftefabrik Cannstatt
Hohenzollernstr. 26.

Getragene Alpaccataschen
werden repariert, versilbert u. wie neu hergestellt bei
B. Jabulowsky, Pforzheim,
Vergoldungs- und Versilberungs-Anstalt,
Melanchthonstr. 7.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

G. Ziegler, Dreherei, Calw.

Von heute ab befindet sich mein Ladengeschäft

Badstraße 347

(Wirtschaft z. Rebstock).

Himbeeren

kauft jedes Quantum

Christian Küenzlen,

Fruchtsaft- u. Marmeladen-Fabrik mit Dampfbetrieb

Sulzbach a. d. Murr.

Ia. Wagenfett, geschmeidig, teer- und asphaltfrei,

Ia. Huffett, schwarz,

Ia. Lederfett, schwarz (Handelsware),

Ia. Fußbodenöl, spez. Gewicht 0,865/885

in verschiedenen Packungen und in Fässern zu konkurrenzlosen Preisen.

Tüchtige Platzvertreter gesucht.

Verlangen Sie sofort Angebote von

M. Sperr, chem. techn. Produkte, Stuttgart.

Kronenstraße 26. Telephon 7239.

„Concordia"

Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

Errichtet 1853. Grundkapital 30 Mill. Mk.

Gediegene Persönlichkeit mit guten Beziehungen findet gründliche Einarbeitung als

Hauptvertreter

für **Calw.**

Bei Bewährung Anstellung als Bezirksvertreter mit guten Bezügen auch im Nebenberuf

Günstige Gelegenheit zur Erlangung selbständiger Stellung

Ausführliche Angebote an

Bezirksbüro der „Concordia" Stuttgart,

Lindenspürstr. 26.

Maschinen-Oel, Motoren-Oel, Nähmaschinen-Oel Consist. Fett, Schuherem, Schuhfett, Stärke

empfiehlt

Ch. Schlatterer.

Eine noch gut erhaltene

Futter-Schneidmaschine

setzt dem Verkauf aus

Margarete Schöffler, Ww.
Ostelsheim.

Tanzlehrbuch

lehrt alle modern. Tänze. M. 2.50.
Asta Verlag München 23.60.

Einen älteren, leichteren

Metzgerwagen

hat zu verkaufen.

Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Bodenöl
Bodenwichse
Reisstrohbesen
Einmachhilfe
Salizyl-
Pergamentpapier

billig zu haben bei

E. Körner, Hirsau.

Ein

Kindersessele

(Schutzengel) wird zu kaufen gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Hochzeitseinladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Donnerstag, den 31. Juli ds. Js.** stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur Traube in Althengstett freundlichst einzuladen.

Christian Zipperer,
Sohn des Gottlob Zipperer, Pflästerer, Althengstett.

Rösle Weiß,
Tochter des Jakob Weiß, Bauer, Althengstett.

Kirchgang ½12 Uhr.

Wir bitten, dies statt besonderer Einladung entgegen nehmen zu wollen.

---

erzeugt lackartigen Glanz und macht das Schuhzeug dauerhaft!

Büdowerk Schwenningen W.

Wegen Erkrankung suche sofort oder später ein fleißiges, braves

Mädchen.

Frau Baumeister Kiefner, Calw, Stuttgarterstr. 425.

Auf 15. Aug. oder 1. Sept. ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

für Haushaltung u. Wirtschaft gesucht.

Frau Gottlob Weiß, Calw.

Wegen Erkrankung meines jetzigen Mädchens suche für sofort tüchtiges, fleißiges

Mädchen

für Haushalt und zur Mithilfe im Spezereigeschäft, zu alleinstehender Dame.

Hedwig Baezner, Pforzheim-Brötzingen.

Fleißiges, ehrliches

Mädchen

das schon gedient hat, auf 1. oder 15. August bei guter Behandlg. u. hohem Lohn gesucht.

Frau **Karl Barth,** Pforzheim, Metzgerstr. 27.

Anständiges, fleißiges

Mädchen

gesucht.

Wirtschaft z. Stadt Pforzheim, **Dillstein.**

Ein ordentlicher

Junge

der Lust hat die Bäckerei zu erlernen, wird sof. angenommen

Mößner, Bäckermeister, Pforzheim, Altstädterstr. 7.

Mädchen

das schon gedient hat,

sucht sofort Stelle

für alle Hausarbeiten u. Küche wenn möglich in Calw.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Suche auf sofort oder 1. August ein tüchtiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit, ebenfalls ein

Zimmermädchen

welches gut nähen kann.

Frau **M. Schuler, Pforzheim,** Luisenstr. 54, 2. St.

Verloren

ging am Sonntag, 27. Juli auf der Landstraße Unterreichenbach nach Liebenzell brauner

Kindermantel.

Der Finder wird gebeten, ihn geg. Belohnung abzugeben.

Schweizer, Pforzheim, Kaiser-Wilhelmstr. 19.

Auf dem Wege von der neuen Altburgerstr. bis zu den 100 Stäffelen gingen

2 Schlüssel verloren.

Bitte solche an **Fr. Reichert,** Schuhgeschäft, gegen Belohnung abzugeben.

Glaserkitt

empfiehlt

R. Hauber.

Landwirtsch. Berufsgenossenschaft für den Schwarzwaldkreis.

Der Beitragssatz zur Umlage für das Jahr 1919 ist auf

4 Mk. 40 Pf. für 100 Mk. Steuerkapital

festgesetzt worden.

Reutlingen, den 26. Juli 1919.

Oberregierungsrat Lausterer.

Gute rein wollene

Strickgarne

und

Strümpfe

empfiehlt

Heinr. Rühle, Calw

Garnzwirnerei.

Kapfenhardt Post Unter-Reichenbach OA. Calw.

Unterzeichneter verkauft ein 6—7 Jahre altes

Rasse-Pferd

Fuchs-Wallach, 174 groß, guter Einspänner, unt. jeder Garantie.

J. Gengenbach.

Oberreichenbach.

Verkaufe wegen Futtermangel eine 32 Wochen trächtige, erstklassige, schwere

Kalbin,

sowie eine 20 Wochen trächtige, fehlerfreie Nutz- u. Schaff-

Kuh.

Joh. Vetter, Sattler.

Ottenbronn.

Einen Wurf schöne, reine

Milch-Schweine

setzt am **Donnerstag mittag** dem Verkauf aus

Frau **Barbara Rathfelder,** Witwe.

Effringen.

Setze drei jüngere, neumelkige, hornlose

Sahnenziegen

dem Verkauf aus.

Konrad Huissel, Schreiner.

Hasen

zu verkaufen.

Neubau Pfau, 3. Stock.

Habe zirka 250 Ltr. guten

Most

zu verkaufen.

Anna Maria Rentschler, Schmieh.

Lohnschnitt

wird nicht mehr angenommen.

Blank & Stoll, Calw.

Mein Schäferhund

(Stumper) hat sich am letzten Mittwoch **verlaufen.**

Der jetzige Besitzer ist bekannt und wird ersucht ihn mir sofort zurück zubringen andernfalls ich Anzeige geg. ihn erstatte.

Schäfer Knoll, Calw, Lederstr. 165.

Gechingen.

Wegen Aufgabe des Fuhrwerks verkaufe ich einen gut erhaltenen, starken

Lanholzwagen.

Jakob Schumacher.

Frische

Schellfische

Pfund Mk. 1.50

empfehlen

Pfannkuch & Co.

Wer könnte noch 2 bis 3 Zentner **Kartoffeln**

abgeben gegen gute Bezahlung? Angebote sofort an Buchbindermeister **Sifler,** Bischofstraße 453.

Mehrere Zentner

Kartoffel

zu kaufen gesucht.

Neue Handelsschule.

Kurzgesägtes, trockenes

Brennholz

kann sofort geliefert werden.

L. Kaercher, Sägewerk, Hirsau.

Toilette Fett-Seife
prima Wagenfett
Schuhcreme

ist eingetroffen.

Fr. Pfeiffer, Vorstadt.

Haararbeiten

werden rasch und solid angefertigt bei

W. Mitschele, Friseurgeschäft.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw